

II—5101 der Beilagen zu den Stenographischen Protokollen des Nationalrates

XIV. Gesetzgebungsperiode

**DER BUNDESMINISTER  
FÜR UNTERRICHT UND KUNST**

Zl. 10.000/22 - Parl/79

Wien, am 10. Mai 1979

An die  
PARLAMENTS DIREKTION

Parlament  
1017 W i e n

2441/AB  
1979 -05- 14  
zu 2447/1

Die schriftliche parlamentarische Anfrage  
Nr. 2447/J-NR/79, betreffend "Schnupperlehre" an den Polytechnischen  
Lehrgängen, die die Abgeordneten Dr. Eduard MOSER und Genossen am  
12.3.1979 an mich richteten, beehre ich mich wie folgt zu beantworten:

ad 1)

Vor einer Regelung der "Berufspraktischen Woche"  
bzw. der "Berufstage" in der Verordnung über die Schulveranstaltungen  
wurde die Konfrontation mit der Berufswelt in verschiedenen Bundesländern  
(Kärnten, Vorarlberg, Oberösterreich, Steiermark, Burgenland, Tirol) in  
Form von Schulversuchen gemäß § 7 des Schulorganisationsgesetzes durch-  
geführt. In Vorarlberg wird die volkstümlich bezeichnete "Schnupperlehre"  
in größerer Form (über das Schuljahr verteilt) auch im laufenden Schul-  
jahr an einem Standort als Schulversuch durchgeführt. Nach Schüler-,  
Eltern- und Lehrerberichten sowie Aussagen der Vertreter der Arbeits-  
marktverwaltung stellen sorgfältig vorbereitete "Berufstage" den  
notwendigen Praxisbezug im Pflichtgegenstand "Berufskunde und Praktische  
Berufsorientierung" des Polytechnischen Lehrganges her.

ad 2)

Vor der Einbeziehung der berufspraktischen Woche  
in die Verordnung über die Art, die Anzahl und die Durchführung von  
Schulveranstaltungen (Schulveranstaltungs-Verordnung) durch die Verord-  
nung BGBl. Nr. 470/1978 wurde diese Veranstaltung im Wege von Schulver-  
suchen gemäß § 7 des Schulorganisationsgesetzes durchgeführt. Von den  
6 Bundesländern (Kärnten, Vorarlberg, Oberösterreich, Steiermark,  
Burgenland, Tirol), in denen diese Schulversuche durchgeführt wurden,

wurde lediglich in zwei, nämlich in Kärnten und in Steiermark (hier auch nur teilweise), von der Arbeitsmarktverwaltung - ohne jede rechtliche Verpflichtung hiezu - eine Haftpflichtversicherung für die am Schulversuch teilnehmenden Schüler abgeschlossen. Abgesehen von dieser regional eng begrenzten Ausnahme hat sich also durch die Überführung des Schulversuches in eine Schulveranstaltung nach der Schulveranstaltungs-Verordnung nichts geändert.

Ausdrückliche haftpflichtrechtliche Bestimmungen wurden in die die berufspraktische Woche näher regelnde Verordnung BGBl.Nr. 470/1978 deshalb nicht aufgenommen, weil die Schulveranstaltungs-Verordnung solche Vorschriften in bezug auf keine der in ihr geregelten Schulveranstaltungen (auch nicht für Schikurse und Schullandwochen) aufweist. Eine auf die anderen Schulveranstaltungen ausstrahlende Präjudizwirkung sollte jedoch (und soll auch in Hinkunft) vermieden werden.

So wie die anderen Schulveranstaltungen unterliegt auch die berufspraktische Woche der uneingeschränkten Aufsichtspflicht des mit der Leitung beauftragten Lehrers. Dies hat das Wirksamwerden der Amtshaftung zur Folge, wonach der Bund für den Schaden haftet, den die als seine Organe handelnden Personen (d.s. die Lehrer) in Vollziehung der Gesetze durch ein rechtswidriges Verhalten (was leichte Fahrlässigkeit einschließt) wem immer schuldhaft zugefügt haben (Artikel 23 Abs. 1 B-VG, Amtshaftungsgesetz BGBl.Nr. 20/1949 in der geltenden Fassung). Darüberhinaus ist darauf hinzuweisen, daß Schüler seit 1.1.1977 (Inkrafttreten der 32. ASVG-Novelle, BGBl.Nr. 704/1976) in die allgemeine Unfallversicherung einbezogen sind und in allen Fällen, in denen sich ein Unfall in örtlichem, zeitlichem und sachlichem Zusammenhang mit der schulischen Ausbildung (also auch bei Schulveranstaltungen) ereignet, abgesichert sind.

*Freifinowar*